

Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke

c/o Heinz-Kühn-Bildungswerk

Jan Zajic

Brüderweg 10-12, 44135 Dortmund

Tel.: 0231 22201823

E-Mail: [j.zajic@hkb-nrw.de](mailto:j.zajic@hkb-nrw.de)

**An den Präsidenten**

**des Landtags von Nordrhein-Westfalen**

**Referat I.A.2 Fachausschüsse,**

**vom Parlament eingesetzte Gremien**

**Landtag Nordrhein-Westfalen**

**Platz des Landtags 1**

**40221 Düsseldorf**

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 18. WAHLPERIODE  <b>STELLUNGNAHME</b> <b>18/1362</b>  Alle Abgeordneten
--

Dortmund, den 21.03.24

Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke NRW (LDB NRW) zur Anhörung des Hauptausschusses am 18.04.2024: „Selbstverständnis Demokratie – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten“

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 18/7196



Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

sehr geehrter Herr Vorsitzende,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

im Namen der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke (LDB) bedanke ich mich für die eingeräumte Möglichkeit, zum o.g. Antrag der Fraktion der SPD Stellung nehmen zu können. Dies mache ich in der hiermit übersandten schriftlichen Stellungnahme und gerne auch mündlich in der öffentlichen Anhörung des HFA am 18.04.2024.

Gleich zu Beginn sei gesagt: der vorliegende Antrag zielt in die richtige Richtung. Investitionen in Bildung sind immer zugleich nachhaltige Investitionen in die Zukunft. Diese allgemein gültige Aussage führt bei einem jeden einzelnen Kind/Jugendlichen, jeder pädagogischen Fachkraft, aber auch gesamtgesellschaftlich zu den erwünschten Ergebnissen, wenn folgende Ausgangslage beachtet und daraus resultierend passgenaue Voraussetzungen geschaffen werden.

Die zentrale Frage ist die folgende: **„Inwieweit sind Kinder/Jugendliche, die SuS (= Schülerinnen und Schüler) auf ihre (zukünftige) Rolle als BürgerInnen einer Demokratie vorbereitet?“** Klar ist: Kinder und Jugendliche müssen unabhängig von ihrem sozialen Status oder ihrer Herkunft die Möglichkeit erhalten, eine umfassende Demokratiekompetenz zu erwerben, denn dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Chancengleichheit. Also stellt sich die Frage: Wie erreichen wir Kinder und Jugendliche, wie begeistern wir sie für Demokratie & Engagement für die Gesellschaft? Es ist wichtig nicht nur diejenigen zu erreichen, in deren Elternhaus Demokratie & Engagement bereits einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die International Civic and Citizenship Education Study von 2016 (Abs, Laudenberg, 2017) verglich das politische Wissen und Argumentieren von SchülerInnen im internationalen Vergleich. In Nordrhein-Westfalen können 7% der SuS der Basisstufe, 23% der Kompetenzstufe I, 39% der Kompetenzstufe II und 31% der Kompetenzstufe III zugeordnet werden. In Dänemark, Taiwan und Finnland erreichen dagegen doppelt so viele SuS die höchste Kompetenzstufe. Die höchste Kompetenzstufe erreichen also SuS in Nordrhein-Westfalen deutlich seltener als SuS im europäischen Vergleich. Disparitäten zeigen sich für SuS an Nicht-Gymnasien, aus Familien mit geringerem kulturellem Kapital sowie mit Migrationshintergrund.

Die Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen sind schon deshalb relevant, weil sie eine Leistungsfähigkeit des Bildungssystems zeigen, die im Bereich des politischen Wissens dem unteren Drittel der betrachteten Länder in Europa zuzuordnen ist. Fakt ist: Demokratiewochen wären also ein wichtiger Baustein, um Wissens-, Kompetenz- und Engagementlücken zu schließen.

Demokratiebildung, die Grundlagen des Wirkens eines jeden Einzelnen in der Gesellschaft beginnt nicht erst mit der Einschulung, sondern bereits im Kindergarten. Schon hier werden wichtige Grundlagen für die Zukunft gelegt.

Als ein Beispiel von Heranführen an Demokratiebildung im Kindesalter dient das Modellprojekt „**Demokratieprofis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern**“ im Alter von 6-12 Jahren, koordiniert durch den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB e.V.). Kinder verfügen in diesem Alter über ausreichende Sprachkenntnisse, soziale Kompetenzen und Denkfähigkeiten, um sich intensiv mit sozialen Situationen auseinanderzusetzen. Sie können über den Austausch mit Kindern anderen familiären, kulturellen und/oder ethnischen Hintergrundes unterschiedliche Regeln- und Normvorstellungen kennenlernen und diese reflektieren; Interessen, Meinungen und Wissen austauschen, um den eigenen Horizont zu erweitern und eigene Positionen zu hinterfragen; Interesse für politische Fragen wecken. Es geht hier weniger um die Vermittlung von „Wissen über“, sondern vielmehr um das Einüben sozialen Handelns, das mit den Grundprinzipien demokratischen Bewusstseins übereinstimmt. Diese Erfahrungen sind die Grundlage, auf der abstraktes Wissen über Politik und Gesellschaft verinnerlicht werden kann.

In mehrtägigen Seminaren werden den Kindern Möglichkeiten aufgezeigt, in ihrem eigenen Sozialraum partizipativ Veränderungen anzustoßen. Dazu finden Erkundungen statt, in denen die Kinder sich intensiv mit ihrer alltäglichen Umgebung, z.B. ihrem Schulweg, auseinandersetzen und gemeinsam Ideen entwickeln, wie diese kindgerechter gestaltet werden können. Die Kinder stellen ihre Ergebnisse politischen EntscheidungsträgerInnen wie Schulleitungen und LokalpolitikerInnen vor, wodurch ihren Anliegen unmittelbar Gehör gegeben wird. EntscheidungsträgerInnen sollen diese Ergebnisse als Aufträge verstehen, damit die Kinder Veränderungen bewirken und so Selbstwirksamkeitserfahrungen machen.

An der **Grundschule** lernen Kinder mit dem thematischen Schwerpunkt der Kinderrechte Herangehensweisen kennen, um sich an ihren Schulen einbringen zu können, erproben demokratische Aushandlungsprozesse und lernen ihre Rechte als Kinder und SchülerInnen kennen. Diese Maßnahmen tragen zusammen dazu bei, Mitbestimmungsmöglichkeiten im schulischen Kontext zu stärken.

Die Themenbereiche Antisemitismus, Flucht und Migration, Vielfalt und Ausgrenzung sowie das demokratische Zusammenleben sind bereits im Grundschulalter vermittelbar: methodisch orientieren sich die Angebote an einem biografischen Zugang. Durch die Auseinandersetzung mit historischen Biografien von Kindern in ihrem Alter werden diese Lebenswege mit der eigenen Biografie in Bezug gesetzt. Eine Annäherung an das Thema erfolgt zudem über alltagsbezogene Details.

Genauso kann an **weiterführenden Schulen & Berufskollegs** in diesen Demokratiewochen eine große Spannweite von möglichen Themen behandelt werden, welche das Interesse für Demokratie steigern. Sie zeigen Möglichkeiten auf, sensibilisieren bezüglich der Gefahr einer Aushöhlung der Demokratie (z.B. wegen eines geringen oder nicht vorhandenen Sich-Einbringens) und begeistern mittels positiver Beispiele der eigenen Selbstwirksamkeit: Dies ist gestaltbar durch bspw. Gespräche mit Zeitzeugen/Zweitzeugen, Projekte wie Erstwahlprofis, in die Tiefe und Breite vorbereitete Gespräche mit ehrenamtlich Engagierten in der Gemeinde, Einheiten zur Förderung der

Medienkompetenz/Recherchefähigkeit/Urteils- und Beurteilungsfähigkeit, Erlernen von Strategien im Umgang mit rechtspopulistischen/rechtsextremen/menschenfeindlichen Aussagen.

Entscheidend ist jedoch, dass die Kinder und Jugendlichen viele Konzepte der Demokratiepädagogik nicht nur theoretisch erlernen, sondern diese auch in ihrem Alltag anwenden können. Kinder und Jugendliche benötigen die Erfahrung der **Selbstwirksamkeit**, dass sie durch ihr eigenes Tun etwas bewegen können. Demokratie muss erfahrbar sein! Politische Bildung bedarf einer intensiven Auseinandersetzung mit Selbstwirksamkeit, um für die Teilnahme an unterschiedlichen Facetten des sozialen und politischen Lebens zu motivieren und eine Widerstandsfähigkeit gegenüber autoritären Ideologien zu entwickeln.

Eine wichtige Erkenntnis liegt darin, den Fokus der Demokratiewochen nicht nur auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen zu legen, sondern auch gezielt **Angebote für pädagogische Fachkräfte** anzubieten, denn: eine weitere zentrale Voraussetzung für einen Erfolg von Demokratiewochen stellt die Qualifizierung von pädagogischen Fachkräften dar. Mangelnde Kenntnisse der Demokratiepädagogik, häufig fachfremder Unterricht von Geschichte/Politik oder ein veralteter Wissensstand (bspw. über strukturelle Diskriminierung, Rassismus, Klassismus; über eine Analyse der Situation im Gaza-Streifen etc.) und nicht mehr zeitgemäße Anwendung von Methoden der politischen Bildung (bspw. für TikTok oder Instagram sind andere Formen der Demokratiebildung notwendig, um nicht am Empfänger vorbeizureden) führen zu einer Überforderung des pädagogischen Personals, einer nicht ausgeprägten Bereitschaft sich in den Demokratiewochen überdurchschnittlich zu engagieren oder zu eines methodischen Nicht-Ereichens/eines veralteten Informationsstands über die Lebensrealitäten der Kinder und Jugendlichen. Denn: Lehrkräfte berichten laut ICCS 2022-Studie im Vergleich zu internationalen Ergebnissen besonders selten, digitale Technologien in den Unterricht einzubinden. Nur etwa 8% der Lehrkräfte in NRW führen mindestens einmal im Monat Angebote zur Unterstützung von Online-Diskussionen zu politischen und sozialen Fragen durch.

Es sind gerade in den Schulformen Haupt-, Real- und Gesamtschule fachlich ausgebildete Politiklehrkräfte von Nöten, damit SuS mit einem häufiger bildungsfernen Hintergrund nicht systematisch benachteiligt werden, wenn es um die Herausbildung von Kompetenzen geht, die für eine (spätere) Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen notwendig sind. Es zeigt sich also deutlich, dass einschlägig ausgebildete Lehrkräfte eher bereit sind, den Unterricht interaktiv und diskursiv zu führen.

Hier können die außerschulischen Einrichtungen der politischen Bildung eine entscheidende Hilfestellung anbieten: **außerschulische Einrichtungen der politischen Bildung**, anerkannt durch das Land Nordrhein-Westfalen und zu einer regelmäßigen Zertifizierung wichtiger Qualitätsmerkmale ihrer Arbeit verpflichtet, führen bereits seit Jahren Seminare für pädagogisches Fachpersonal von Kindergärten über Grundschulen und weiterführende Schulen bis zu Berufskollegs durch. Schließlich sind bei anerkannten Einrichtungen der politischen Bildung Seminare mit der Kernfeldzuordnung „Lebendige Demokratie – Partizipation – Medienkompetenz“ die mit Abstand am häufigsten durchgeführten.

Diese hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeitenden verfügen nicht nur qua Studium&Ausbildung, langjährigen Fort- und Weiterbildungen, intensivem Austausch mit Netzwerkpartnern sowie einer hohen Anzahl von selbst durchgeführten Seminaren der politischen Weiterbildung über eine breite, tiefe und hochaktuelle Expertise. Die Bildungsstätten/Schulen dürfen nicht alleine gelassen werden,

sondern müssen von ExpertInnen aus dem Bereich der außerschulischen Weiterbildung im Prozess des Erwerbs von aktuellem Wissen & der Gestaltung von für die Kinder & Jugendlichen attraktiven und outcome-orientierten Unterrichtseinheiten unterstützt werden. Die Einführung einer Demokratiewoche darf nicht als eine zusätzliche Belastung für das schulische Lehrpersonal, sondern muss als eine Chance und Gewinn für alle wahrgenommen werden.

Eine Schulung / eine Seminare durchführung **außerhalb des gewohnten Lernumfelds** und/oder unter Leitung von außerschulischen ExpertInnen der politischen Bildung führt nachweislich dazu, dass die Bereitschaft von Kindern und Jugendlichen zu einer aktiven Teilnahme steigt und dadurch höhere Erfolge erreicht werden können. Die außerschulischen politischen Bildungseinrichtungen stehen mit all ihrer Expertise zur Verfügung, wenn es sich um die a) Seminare durchführung für Lehrkräfte handelt, um deren Sattelfestigkeit in der Methodenvielfalt zu erhöhen; b) Räumlichkeiten und ExpertInnen zur Verfügung zu stellen, so dass die Kurse/Seminare an außerschulischen Lernorten stattfinden – dieses Setting mit up to date-Inhalten, innovativen Methoden, erfahrenen PädagogInnen und unbekanntem, noch nicht mit negativen Erfahrungen behafteten Lernorten führen zu Neugierde unter den Kindern und Jugendlichen und einer erhöhten Bereitschaft aktiv mitzumachen.

Eine **einheitliche Demokratiewoche** an allen Bildungsstätten hätte sicherlich eine außerordentliche Wahrnehmung, welche nicht zu übersehen wäre: „Seht, alle Kitas, alle Schulen, alle Berufskollegs tun diese Woche was für die Demokratie!“ Ein starkes, ein sehr positives Signal. Gleichwohl ist die Frage zu stellen, ob so eine einheitliche, von oben mit einem konkreten Datum vorgegebene Demokratiewoche praktikabel wäre. Zum ersten wäre der Zweifel angebracht, ob dies mit den Realitäten und kalendarischen Planungen anderer (Pflicht)aktivitäten kompatibel wäre oder eine den Bildungsstätten selbst überlassene zeitliche Definierung der Demokratiewochen zielführender wäre. Zweitens muss angesichts der klaren Empfehlung einer Zusammenarbeit mit Einrichtung der außerschulischen politischen Bildung darauf hingewiesen werden, dass deren personellen und räumlichen Kapazitäten begrenzt sind und dadurch möglicherweise Anfragen auch abgelehnt werden könnten.

Demokratiewochen braucht es das ganze Jahr über. Die Kapazitäten der TrainerInnen, Bildungseinrichtungen, PolitikerInnen und Jugendherbergen sind begrenzt – alle Aktivitäten aller Bildungseinrichtungen in einer Woche zu bündeln ist unpraktikabel und führt zu Konkurrenzen und Enttäuschungen. Eventuell sinkt sogar die Qualität der Maßnahmen. Daher empfehlen wir die konsequente Ausweitung der Regelförderung, der zusätzlichen Projektförderung und gute Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit Weiterbildungsbudget das ganze Jahr über. So können flexibel gute, nachhaltige und tiefgehende Prozesse und Angebote gemacht werden. Die Ergebnisse dieser Aktivitäten könnten die Bildungseinrichtungen im ganzen Land an einem Projekttag in der Woche der Demokratie präsentieren. Das sichtbare öffentliche Zeichen wäre so gegeben und der Transfer guter Ansätze bekäme eine Plattform. Man könnte diese Woche zudem medial begleiten und so zu einer Art Kulminationspunkt der Demokratiebildung machen.

Die LDB (Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke NRW) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bittet den Ausschuss um Berücksichtigung unserer Argumente und Anregungen.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Zajic', with a long horizontal stroke extending to the right.

Jan Zajic

Vorsitzender der LDB

**Ansprechpartner:**

Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke (LDB)

c/o Heinz-Kühn-Bildungswerk

Jan Zajic

Brüderweg 10-12

44135 Dortmund

[j.zajic@hkb-nrw.de](mailto:j.zajic@hkb-nrw.de)

Die Landesarbeitsgemeinschaft Demokratischer Bildungswerke ist der Zusammenschluss von anerkannten Trägern politischer Bildung in NRW, die den Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet sind. Alle Mitgliedseinrichtungen sind nach dem Weiterbildungsgesetz NRW (WbG) anerkannt.